

Programm der FDP Hanau
für die Wahlperiode 2006 – 2011

Das Oberzentrum Hanau im
östlichen
Rhein-Main-Gebiet

Es wird Zeit für einen politischen Neuanfang
in Hanau

F.D.P. - Stadtverband Hanau,
beschlossen auf der Mitgliederversammlung
am 18. November 2006 in Hanau

Hanau braucht den Politikwechsel,.....

- weil Hanau vor enormen Herausforderungen am Anfang des neuen Jahrhunderts steht. Die ökonomischen Umschichtungen, die die gesamte Bundesrepublik betreffen, machen vor Hanau nicht Halt. Haushaltsengpässe und veränderte Finanzströme verlangen eine konsequente Politik. Das Rhein-Main-Gebiet bietet aber mit seinen günstigen wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen und seiner Infrastruktur auch erhebliche Chancen.
- weil die Koalition von CDU und SPD auch in der Wahlperiode 2001 bis 2006 nicht funktioniert hat und folgerichtig gescheitert ist. Durch die eruptionsartigen Veränderungen im Magistrat mit seinen Folgeerscheinungen ist das Vertrauen in die Hanauer Politik nachhaltig gestört worden. Mangelndes Krisenmanagement und verkürztes Karrieredenken Vereinzelter haben tiefe Spuren hinterlassen. Neid, Missgunst und Streit haben die Hanauer Kommunalpolitik geprägt.
- die Stadtverordnetenversammlung ihrer Aufgabe als konstruktives und kritisches Organ gegenüber dem Magistrat nicht mehr gerecht wird. Sie hat sich ihrer Rechte teilweise selbst beschnitten und häufig ihre Kompetenzen freiwillig übertragen. Durch diese politische Konstellation konzentriert sich die politische Macht fast vollständig auf die Person des Oberbürgermeisters. Der Koalitionspartner CDU ist fast zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Durch dieses passive Verhalten der CDU ist die Funktionsfähigkeit des Parlaments beeinträchtigt, das politische Klima gestört und die Dynamik der politischen Entwicklung weitgehend erlahmt.
- weil unter dieser Situation Hanau gelitten hat. Eine zukunftsorientierte Politik, geprägt durch gute Planungen, notwendige, teilweise auch unpopuläre Maßnahmen und zukunftsorientierte Investitionen finden in weiten Bereichen nicht mehr statt. Vielmehr wird die Stadt zunehmend verwaltet. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die durch Globalisierung und eine weltweite wirtschaftliche Dynamik gekennzeichnet sind, verlangen eine konsequente, zukunftsorientierte Politik. Wir Liberale können und wollen nicht alles anders machen, aber wir wollen, dass die Entwicklung schneller und gezielter voran geht.

Da nicht alles Wünschenswerte auch realisierungsfähig ist, haben die Liberalen sich Schwerpunkte in der zukünftigen Legislaturperiode gesetzt.

Inhalt:

Programm der FDP Hanau	1
1. Die finanzielle Konsolidierung Hanaus	3
2. Die Weiterentwicklung des Schulstandorts Hanau	5
3. Stadtentwicklung.....	7
4. Die wirtschaftliche Entwicklung Hanaus	9
5. Verkehr	10
6. Wohnen.....	12
7. Verwaltung	13
8. Umwelt- und Energiepolitik	14
9. Kulturpolitik	14
10. Gesundheits-, Sozial- und Jugendpolitik.....	16
11. Ausländerpolitik.....	19
12. Sport.....	19
13. Innere Sicherheit.....	20
14. Politische Zusammenarbeit	21
15. Die Ortsbeiräte	21

1. Die finanzielle Konsolidierung Hanaus

Die finanzielle Situation Hanaus ist dramatisch. Diese Entwicklung ist zwar nicht ausschließlich Hanau-spezifisch, sie wird aber noch durch Fehlplanungen und kommunale Entscheidungen in der Vergangenheit verstärkt. Der Vorbericht des Haushalts 2005/2006 weist ein Haushaltsdefizit von fast 80 Mio. € aus. Wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung zu stoppen, ist die Handlungsfähigkeit der Kommune und deren kommunale Selbstverwaltung erheblich bedroht. Alle Versuche der SPD/CDU-Koalition den Haushalt zu konsolidieren sind unterblieben oder gescheitert.

Für uns Liberale hat deswegen die nachhaltige Konsolidierung des Haushalts eine hohe Priorität, da nur dadurch die Zukunftsfähigkeit der Stadt weiterhin gewährleistet wird.

Die Neuverschuldung der Stadt Hanau ist zu reduzieren. Die Finanzierung des Defizits durch die Erhöhung des Schuldenstandes ist kein geeignetes Mittel zur Bewältigung der

finanziellen Probleme der Stadt. Schulden belasten zukünftige Haushalte durch ein Zinsrisiko und verlagern die Finanzierung heutiger Bedarfe auf zukünftige Generationen.

Der Schuldenstand der Stadt Hanau von fast 275 Mio. € ist zu hoch und muss mittelfristig verringert werden.

Spielräume im Bereich der Einnahmen sind nur gering. Steuererhöhungen wirken sich im Allgemeinen hemmend auf die Wirtschaft aus. Der aktuelle Hebesatz der Gewerbesteuer von 430 Punkten in Hanau ist zwar zu hoch und belastet die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt nachhaltig; er ist aber bei der gegebenen Haushaltssituation nicht zu senken. Die Liberalen verfolgen daher auch weiterhin das Ziel die Gewerbesteuer zu senken und - wenn möglich - einnahmeneutral durch eine andere Kommunalsteuer zu ersetzen. Die Sätze der Grundsteuer sind zwar im Vergleich zu anderen Kommunen hoch; sie können jedoch zur Haushaltssanierung keinen Beitrag leisten. Andere Kommunalsteuern, wie die Hundesteuer und die Spielapparatesteuer sind ebenfalls hoch, aber vom Volumen eher marginal, so dass ihr Beitrag zu Haushaltssanierung gleichermaßen vernachlässigbar ist.

Die Verbesserung der Finanzstruktur wird insbesondere durch eine effektivere Wirtschaftsförderung (siehe 4.) erreicht.

Gebühren müssen kostengerecht sein. Die Gebührensätze der Stadt Hanau müssen unter diesem Gesichtspunkt überprüft werden. Eine Haushaltssanierung über Gebühren darf nicht stattfinden.

Auf der Ausgabenseite ist eine konsequente Ausgabenkritik notwendig. Oberster Grundsatz bleibt deshalb eine äußerst sparsame Haushaltsführung. Im Verwaltungshaushalt sind Kürzungen vorzunehmen. Eine effektivere Haushaltsführung sollte eine erhebliche Einsparung im Verwaltungshaushalt erbringen. Der Verwaltungshaushalt darf auf keinen Fall defizitär sein. Die einzelnen Dezernate sind einer Wirtschaftsprüfung zu unterziehen.

Die Haushaltssanierung durch die Schaffung von Schattenhaushalten ist unseriös. Die Umwandlung der kommunalen Verwaltung und die Schaffung einer unüberschaubaren Beteiligungsholding sind kritisch zu begleiten.

Die Stadt Hanau sollte primär Leistungs**best**eller und nicht Leistungser**st**eller sein. Die Stadt ist kein Unternehmen, aber städtische Unternehmen sind wirtschaftliche Einheiten, die den Grundsätzen des Marktes unterworfen werden sollten. Städtische Aufgaben sind deshalb auszuschreiben und dann auf private Unternehmen zu übertragen, wenn diese günstiger sind. Diese Regelung gilt für alle städtischen Bereiche, aber primär für stark defizitär arbeitende Bereiche wie die Hanauer Straßenbahn AG.

Es ist ein Beteiligungscontrolling zu entwickeln, das überprüft, welche städtischen Betriebe nach den oben angeführten Gesichtspunkten noch notwendig sind. Für bestehende städtische Betriebe ist zu überprüfen, wie deren Effizienz durch die Beteiligung Privater erhöht werden kann.

Zur Finanzierung kommunaler Projekte sind verstärkt Verfahren aus dem Bereich des Public-Privat-Partnership und Methoden des Sale-and-lease-back anzuwenden. Bei allen größeren kommunalen Projekten gilt, dass ein mittelfristiges Finanzierungsmodell mit alternativen Finanzierungsmethoden erstellt wird.

Die Umstellung von der kameralistischen Haushaltsführung zur doppelten Buchführung nach kaufmännischen Grundsätzen unter Einbeziehung aller Beteiligten muss möglichst schnell vollzogen werden.

2. Die Weiterentwicklung des Schulstandorts Hanau

Erziehung, Bildung und Ausbildung sind für die FDP-Fraktion im Hanauer Stadtparlament elementare, zukunftsweisende Voraussetzungen für eine individuelle und optimale Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt.

Ziel unserer liberalen Bildungspolitik ist es daher, den Kindern und Jugendlichen in allen Schulformen eine ihren jeweiligen individuellen Fähigkeiten entsprechende optimale Ausbildung zu ermöglichen, die sich nicht nur auf die Vermittlung von Fachwissen beschränkt sondern auch das Erlangen sozialer Kompetenzen und eine unablässige Werteorientierung einschließt.

Dazu bedarf es räumlich, personell und finanziell gut ausgestatteter Schulen, in denen es für alle am Schulleben Beteiligten selbstverständlich ist, in einem hohen Maß an Eigen- und Mitverantwortung zu arbeiten, in Freiheit und mit Freude zu leben und zu lernen und den Grundstein zu einem lebenslangen Lernen zu legen.

Konkret ergeben sich daraus folgende politische Forderungen und Unabdingbarkeiten:

- Die bauliche Unterhaltung und Sanierung aller Schulen in der Stadt Hanau und deren sächliche Ausstattung muss im Haushalt oberste Priorität besitzen.
- Die im hessischen Schulgesetz bereits verankerte Verpflichtung zur Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen muss insgesamt und über die in Hanau bereits institutionalisierten Vorlaufkurse hinaus auf eine breitere Basis gestellt und mit konkreteren Bildungsansprüchen versehen werden.

Solange es die von der FDP im Hessischen Landtag geforderte Kinderschule für alle Fünfjährigen noch nicht gibt, müssen Kindergärten zumindest im letzten Kindergartenbesuchsjahr zu ihren Betreuungsaufgaben auch Bildungsaufgaben übernehmen, um dem enormen Leistungspotential der Kinder in dieser Altersstufe gerecht zu werden.

- In allen allgemeinbildenden Schulen müssen sich Eltern darauf verlassen können, dass die Vereinbarkeit von Schule und Beruf für sie selbstverständlich ist und ihre Kinder in den jeweiligen Einrichtungen zu verlässlichen Zeiten unterrichtet und betreut werden und zwar über den Vormittag hinaus auch am Nachmittag. Deshalb sollten Schulen mit Mittagsbetreuung und Ganztagsangeboten zur Regel werden.
- Die Schulbezirksgrenzen für die Grundschulen sollten aufgehoben werden. Sie verursachen unzählige überflüssige bürokratische Schulbesuchsgestaltungsmaßnahmen. Außerdem wird damit ein elementares Grundrecht auf Freiheit der Schulwahl eingeschränkt.

Ein wohnortnahes Angebot im Bereich der Grundschulen muss jedoch überall sichergestellt sein.

- Die Beruflichen Schulen, die Gymnasien und die großen Sekundarstufenschulen in Hanau sollten in finanzieller Autonomie oder zumindest mit einem eigenen Budget eigenverantwortlich über ihre schulspezifischen Unterrichtskonzepte und Bildungsangebote entscheiden können und über die im Rahmen der Lehrerruweisung durch das Land zur Sicherung der Grundunterrichtsversorgung hinaus notwendige, auf die jeweilige Schule zugeschnittene Personalausstattung selbstverantwortlich Einfluss nehmen können.
- Die zwischenzeitlich in vielen Bereichen erfreulicherweise zustande gekommenen Projekte zwischen Schule und Wirtschaft zur Abfederung des Überganges von der Schule in die Arbeitswelt bedürfen im Interesse der Sicherung der Zukunftsperspektiven dieser jungen Menschen der dringenden Pflege und Ausweitung. Hier hat auch das ehrenamtliche Engagement - wie übrigens in vielen anderen Bereichen auch - eine verdienstvolle Betätigungsmöglichkeit; entsprechende Patenschaftsmodelle sollten gefördert werden.
- Mit der neu eingerichteten und noch im Aufbau befindlichen Schule für Pflegeberufe hat die Stadt Hanau eine wesentliche Bereicherung ihrer schulischen Vielfalt erfahren.

Vielleicht wird diese Schule zusammen mit der Zeichenakademie die Stadt noch zu einem Fachhochschul-Standort avancieren lassen. Unabhängig davon wird die FDP weiterhin ihren Beitrag dazu leisten, in Hanau eine Fachhochschule oder auch eine private Berufsakademie anzusiedeln.

3. Stadtentwicklung

Die Stadt Hanau wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in ihrer Funktion als Oberzentrum im östlichen Teil des Ballungsraumes Rhein-Main, zwischen der Großstadt Frankfurt einerseits und den kleineren Umlandgemeinden des ehemaligen Landkreises Hanau andererseits, zu positionieren und zu behaupten haben.

Dabei ist der rechtliche Status der Stadt Hanau, also deren mögliche Kreisfreiheit, alleine nicht geeignet, strukturpolitische Maßnahmen zu ersetzen.

Von erheblicher Bedeutung sind vielmehr Ausbau und Verbesserung der Infrastrukturen für Verkehr, Handel und Gewerbe sowie Städtebau in der Stadt Hanau und ihren Ortsteilen.

In diesem Zusammenhang bedarf es einer dringenden Fortschreibung des "Leitbildes Stadtentwicklung Hanau" in der derzeit noch gültigen Version aus dem Jahre 1998. Die FDP Hanau wird sich vor diesem Hintergrund und in Kenntnis der Notwendigkeit zur selbstbewussten Weiterentwicklung der Stadt für folgende Projekte einsetzen:

- Für die potentiellen Konversionsflächen im Stadtgebiet, die derzeit noch von der US-Army und amerikanischen Zivileinrichtungen genutzt werden ist rechtzeitig eine umfassende Konzeption für mögliche Anschlussnutzungen zu entwickeln, um schnell und unverzüglich auf einen möglichen Abzug reagieren zu können. Dies ist Voraussetzung, um finanzielle Förderprogramme für Konversionsstandorte durch den Bund in Anspruch zu nehmen. Insbesondere das Gelände der amerikanischen High-School mit anschließender Wohnbebauung in Wolfgang bietet die Möglichkeit zur Weiterentwicklung des Bildungsstandortes Hanau. Hier könnte - gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit den privaten Firmen im Industriepark Hanau - Wolfgang oder dem Technologie- und Gründerzentrum - eine Fachhochschule oder eine private Berufsakademie mit angeschlossenem Campus entstehen. Angesichts der Größe der betroffenen Flächen und der Bedeutung der damit verbundenen Aufgabe bedarf es hierzu eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes. Die vorhandenen Strukturen ermöglichen die unmittelbare

Verbindung von Wohnen und Arbeit in räumlicher Nähe. Denkbar wäre deshalb beispielsweise die Ansiedlung von Gewerbe- und Handwerkerhöfen in Verbindung mit zentralen Ausbildungswerkstätten und nahegelegenen Wohnungen für die Mitarbeiter.

- Die Entwicklung des Freiheitsplatzes ist auf Basis des mit breitem Konsens beschlossenen Bauflächen- und Nutzungskonzeptes voranzutreiben. Dieser Rahmenplan, der auf der Basis eines kompetent besetzten städtebaulichen Wettbewerbs mit umfassender Bürgerbeteiligung verabschiedet wurde, darf im Interesse einer zeitnahen Umsetzung nicht wieder in Frage gestellt werden. Die FDP Hanau setzt sich im Rahmen dieser Planungen insbesondere für den Umzug der Stadtbibliothek auf bzw. an den Freiheitsplatz, etwa in das Behördenhaus (Finanzamt), ein. An dieser Stelle könnte in Kooperation mit dem geplanten Brüder-Grimm Kulturzentrum ein "Haus der Sprache" am "Platz der Freiheit" entstehen. Zur Belebung des Publikumsverkehrs würde neben größeren Flächen für Einzelhandel auch ein neueres, moderneres Kino mit unmittelbarem Anschluss an die geplante Tiefgarage auf dem Platz beitragen.
- Die Hanauer Altstadt sollte durch geeignete infrastrukturelle Maßnahmen der Stadt aber auch durch verwaltungstechnische Unterstützung und Förderung von privaten Initiativen zu einem gehobenen innerstädtischen Wohnquartier aufgewertet werden. Städtebauliche Zielsetzungen könnten durch eine Gestaltungssatzung gesichert werden. In diesem Zusammenhang könnte sich die Veräußerung von Teilen der im städtischen Besitz bzw. im Eigentum der Baugesellschaft Hanau befindlichen Immobilien an private Personen und Gesellschaften investitionsfördernd auswirken.
- Der Schloßplatz am Rande der Hanauer Altstadt ist als möglicher Standort für ein innenstadtnahes Hotel mit direkter Verbindung zum CPH nicht aufzugeben. Hier sollten weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um einen Hotelbetrieb zu etablieren.

Die FDP schließt dabei auch die Einbeziehung historischer Bauwerke, etwa der jetzigen Stadtbibliothek nicht aus, falls ansonsten der Bau eines Hotels nicht zu realisieren sein sollte.

Auch ein Hotel gewährleistet die öffentliche Nutzung historischer Bausubstanz.

- Als potenzielle Entwicklungsflächen für Dienstleistung, Handel und Gewerbe bietet sich neben dem in einem entsprechenden Prozess befindlichen Schlachthofgelände der Bereich um den Hauptbahnhof an. Beide Gebiete zeichnen sich durch eine hervorragende Verkehrsverbindung aus.

- Als herausragender Standortfaktor ist der Erhalt und Ausbau der Kultur- und Freizeiteinrichtungen von entscheidender Bedeutung. Die FDP Hanau hat deshalb seit Jahren beharrlich die Sanierung der Kuranlagen in Wilhelmsbad gegenüber der hessischen Landesregierung vorangetrieben. Nicht zuletzt diesen Initiativen ist es zu verdanken, dass derzeit der Arkadenbau in Stand gesetzt wird. Daran anschließend ist jedoch weiterhin Handlungsbedarf gegeben, um die gesamte Kuranlage wieder einer Nutzung durch die Hanauer Bevölkerung zuzuführen. Ziel ist dabei unter anderem wiederum einen gastronomischen Betrieb zu etablieren und die Restauration des Karussells in Angriff zu nehmen.
- Ein für Wanderer, Fahrradfahrer und Inliner geeigneter Rundweg um bzw. durch Hanau und seine Stadtteile wäre zum einen geeignet, die Freizeitqualität zu steigern und zum anderen, eine auch erfahrbare Verbindung mit den Stadtteilen zu stärken. Die Ausweisung einer entsprechenden Route könnte zumindest teilweise auf bereits bestehenden Wegen am Main und durch die Bulau erfolgen.

4. Die wirtschaftliche Entwicklung Hanaus

Ziel und Aufgabe städtischer Wirtschaftspolitik hat die aktive Förderung der Ansiedlung neuer Firmen und Betriebe aber auch die regelmäßige Bestandspflege insbesondere des Mittelstandes zur nachhaltigen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu sein.

Beeinflussbare Standortfaktoren sind dabei eine serviceorientierte Verwaltung und die Gewährleistung einer notwendigen Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Städtebau, Schule und Kultur.

Ansatzpunkte für eine städtische Wirtschaftsförderung sind gegeben:

- Die Hanauer Wirtschaftsförderung ist dringend einer Neustrukturierung zu unterziehen. Kompetenzen und Aufgaben sind klar zu definieren und zu konzentrieren. Eine Zuordnung zum Dezernat des Oberbürgermeisters erscheint unumgänglich. Wirtschaftsförderung ist Chefsache.
- Die erfolgversprechende bisherige Tätigkeit der Hanauer Marketing GmbH sollte auf die Stadtteile ausgeweitet werden. Die Initiative des Großauheimer Gewerbevereins ist diesbezüglich beispielhaft.
- Städtische Bestandsimmobilien, insbesondere Gewerbegründstücke, aber auch freie Grundstücke für Wohnbebauungen sind einer besseren, gegebenenfalls auch professionelleren Vermarktung zuzuführen. Jeder potentielle Interessent sollte aktiv bei der Suche nach einem geeigneten Gewerbegründstück in der Stadt Hanau unterstützt und auch bei den sich anschließenden Verwaltungsabläufen begleitet werden.

- Für die Stadt Hanau ist sowohl ein kommunales als auch ein regionales Einzelhandelskonzept zu entwickeln. Darin sind die Perspektiven aber auch die städtisch gesetzten Ziele für die Innenstadtentwicklung und die Ortskerne sowie für die Standorte an der Peripherie in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandelsverband und der IHK zu formulieren. Zu berücksichtigen sind dabei die spezifischen Entwicklungschancen des Einkaufsstandortes Hanau im Spannungsfeld zwischen der anonymen Großstadt Frankfurt und den als Einkaufszielen vergleichsweise unattraktiven kleineren Umlandgemeinden.
- Die Attraktivität der Innenstadt als Einkaufsstandort ist über städtebauliche Infrastrukturmaßnahmen zur Schaffung so genannter "1 a - Lagen" zu fördern. Ansatzpunkt hierfür wäre eine Herausnahme des öffentlichen Personennahverkehrs aus der Fußgängerzone Nürnbergerstraße, oder zumindest eine Beschränkung der Linienführung nur in eine Richtung.
- Die zwischenzeitlich betagte Fußgängerzone Hammerstraße bedarf einer Modernisierung.
- Die Bemühungen zur Errichtung eines Hotels am Schloßplatz sollten nicht aufgegeben oder anderweitig "verbaut" werden. Dieses Hotel wäre geeignet, die Attraktivität des CPH als Veranstaltungsort für Seminare und Tagungen zu steigern und damit das finanzielle Defizit des Betriebes zu reduzieren. Deshalb erscheint auch eine Einbeziehung der historischen Gebäudesubstanz, also der derzeitigen Stadtbibliothek, aber auch des Verwaltungsgebäudes der Baugesellschaft, in einen derartigen Hotelkomplex vertretbar. Auch eine Hotelnutzung gewährleistet einen öffentlichen Zugang zu diesen Gebäuden.
- Die FDP Hanau setzt sich für den Ausbau und die damit verbundene Standortsicherung des Mainhafens Hanau durch ein Containerterminal ein. Derzeit werden im Hafen Hanau im Wesentlichen Massengüter umgeschlagen. Obwohl gerade der Hafen Hanau über hervorragende Anbindungen an den Schienenverkehr und mehrere Autobahnen verfügt, findet dort so gut wie kein Containerumschlag statt. Aufgrund veränderter logistischer Rahmenbedingungen könnte insofern ein erhebliches Entwicklungspotential bestehen. Denkbar wäre im Anschluss daran auch der Aufbau eines Logistikzentrums auf angrenzenden Brachflächen.

5. Verkehr

Sowohl die Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt selbst und in der Vernetzung mit dem Umland, als auch die Führung des motorisierten Individualverkehrs bedürfen der ständigen Anpassung an sich verändernde tatsächliche Verkehrsströme:

- Die FDP Hanau hat deshalb bereits im Mai 2004 die Erstellung eines auch gesetzlich vorgeschriebenen Planes für den öffentlichen Personennahverkehr beantragt. Trotz entsprechendem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung liegt dieser ÖPNV-Plan noch nicht vor. Ein überarbeitetes Nahverkehrskonzept hat eine bessere Vertaktung der Anschlüsse zwischen den Buslinien aus dem Umland und innerhalb der Stadt Hanau zu gewährleisten. Die bestehenden Linienführungen und Taktzeiten des innerstädtischen Busverkehrs, also der Hanauer Straßenbahn AG, sind auf Bedarf und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und dabei gegebenenfalls zu ändern bzw. zu optimieren. Nach Möglichkeit sollte dabei der Busverkehr aus der Fußgängerzone der Nürnbergerstraße zwischen Marktplatz und Hirschstraße herausgenommen oder zumindest nur in einer Richtung geführt werden.
- Mittelfristig ist der Westbahnhof als „Innenstadtbahnhof“ zu entwickeln und aufzuwerten. Voraussetzung dafür ist eine bessere fußläufige Anbindung der Bahnsteige zur Philippsruher Allee einerseits aber auch zum Kanaltorplatz und der Innenstadt andererseits.
- Die vorhandene Bahntrasse Hanau Hbf. – Nordbahnhof - Friedberg bietet sich als Linie für eine innenstadtnahe S-Bahn, evtl. auch in Regie der Hanauer Straßenbahn AG, an. Haltepunkte könnten in Wolfgang im Bereich zukünftig zu entwickelnder ehemaliger US-Liegenschaften, an den Industriebetrieben von Dunlop und Hereaus, an der August-Schärttner-Halle bzw. dem Fachmarktzentrum Gleisbauhof eingerichtet werden. Eine Weiterführung nach Bruchköbel und Nidderau, jeweils mit mehreren innerörtlichen Haltepunkten, ist vorstellbar. Bedarf und Kosten sollten im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ermittelt werden.
- Die FDP Hanau begreift den Ausbau des Frankfurter Flughafens als grundsätzlich notwendige und sinnvolle strukturpolitische Entscheidung, auch und gerade für den Standort Hanau. Die damit verbundenen Lärmbeeinträchtigungen sind durch geeignete Maßnahmen wie eine Veränderung des Anflugverfahrens und ein Nachtflugverbot soweit wie möglich zu reduzieren.
- Der eingeleitete Entwicklungsprozess zur Aufwertung innerstädtischer Verkehrsräume ist fortzusetzen. Priorität genießen dabei die Neustrukturierung und Umgestaltung der Nürnbergerstraße zwischen Hirschstraße und Kurt-Blaum-Platz sowie der westliche Eingang zur Innenstadt im Bereich Kanaltorplatz, Römerstraße und Heumarkt.
- Nach Ankündigungen des Staatsministers Riehl im September 2005 erscheint die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der Frankfurter Landstraße nunmehr zumindest mittelfristig möglich. Die geplante Unterführung wird eine Änderung der Verkehrsströme aus dem Westen, also aus Frankfurt und Maintal

zur Folge haben. Zwangsläufig erscheint dabei eine starke Frequentierung der Achse Frankfurter Landstraße – Rosenau – Hanauer Vorstadt durch Pkw aber auch durch Lkw sowohl mit Ziel Innenstadt als auch weiterführend in Richtung südliche Stadtteile und den Landkreis Offenbach. Dies bedeutet eine massive Belastung der angrenzenden Wohnquartiere im Bereich der Frankfurter Landstraße. Vor diesem Hintergrund sollten erneut und kurzfristig Überlegungen zur Führung des Durchgangsverkehrs im westen und Nordwesten der Stadt aufgenommen werden.

- Die Weiterentwicklung des Einkaufsstandortes Innenstadt aber auch die dort angestrebte Aufenthaltsqualität setzt eine beständige Optimierung des Parkraums und dessen Bewirtschaftung voraus. Ziel sollte es sein, den motorisierten Individualverkehr zur Nutzung der Hanauer Parkhäuser zu bewegen. Neben dem mittlerweile installierten Parkleitsystem könnte eine Überarbeitung der Gebührenstruktur dazu beitragen. Denkbar wäre etwa eine pauschale Parkgebühr von 1,00 € von 18.00 Uhr bis 09.00 Uhr in den Hanauer Parkhäusern.
- Im Bereich der Innenstadt sind bewachte Fahrradabstellplätze, möglicherweise auch in Kombination mit privat geführten Service-Stationen einzurichten.

6. Wohnen

Im Ballungsraum Rhein-Main besteht nach wie vor einerseits eine Nachfrage nach preisgünstigen Wohneinheiten und andererseits eine Angebotslücke für hochwertigen und repräsentativen Wohnraum.

Selbst bei Rückgang der Bevölkerungszahlen ist durch verändertes Wohnverhalten, insbesondere eine verstärkte Individualisierung, eine Erhöhung der Anzahl der Haushalte und eine Steigerung des Wohnflächenbedarfes pro Kopf zu verzeichnen.

Dem sich daraus ergebenden Bedarf in Teilbereichen des Wohnungsmarktes hat eine städtische Siedlungspolitik Rechnung zu tragen.

Geeignete Maßnahmen hierfür sind:

- Die Altstadt Hanau ist als innerstädtisches, gehobenes Wohnquartier aufzuwerten. Neben Infrastrukturmaßnahmen der Stadt könnte die hierfür notwendige Liquidität durch partielle Verkäufe von Häusern aus dem städtischen bzw. dem Besitz der Baugesellschaft Hanau an private Investoren generiert werden.

Die Baugesellschaft Hanau würde damit gleichzeitig in die Lage versetzt, ihre vorhandenen finanziellen Mittel aber auch Verwaltungskapazitäten auf ihr eigentliches Kerngeschäft, die Schaffung und Erhaltung von preiswertem Wohnraum, zu konzentrieren. Gewerbliche Bauprojekte, für die auch private Investoren zur Verfügung stehen, sind nicht Aufgabe einer städtischen Baugesellschaft.

- Preiswerter Wohnraum für sozial benachteiligte Bevölkerungskreise sollte bevorzugt durch die Vergabe zinsgünstiger Darlehen der Stadt Hanau an private Baugesellschaften bei gleichzeitiger Bestellung eines Belegungsrechtes zu Gunsten der Stadt geschaffen werden. Dadurch würden Anreize für die Investition privaten Kapitals in den Wohnungsbau der Stadt Hanau geschaffen; die finanziellen Mittel der Stadt hätten dabei einen Multiplikatoreffekt.
- Bestehende Wohnquartiere gehobener Qualität (z.B. "Hohe Tanne", "Waldsiedlung Großauheim") sind durch geeignete bauplanerische Instrumente zu konsolidieren. In Randbereichen dieser eingeführten Quartiere ist die Ausweisung ergänzender Baugebiete für höherwertigen, repräsentativen Wohnraum – wie etwa Einfamilienhäuser - zu erwägen.
- Im Sinne einer "kompakten Stadt" sind die Möglichkeiten zum attraktiven Wohnen in der Stadt in örtlicher Nähe zu Arbeitsplatz und Einkaufs- sowie Freizeitmöglichkeiten zu verbessern. Auch insofern bietet der Bereich der Altstadt interessante Entwicklungsmöglichkeiten im Zentrum der Stadt. Entsprechendes Potential bietet das Gelände der ehemaligen Dekalin an der Bruchköbeler Landstraße.
- Durch die Veränderung der Altersstruktur wird der Bedarf an modernen, altersgerechten Wohnanlagen, die gleichzeitig ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Individualität bis ins hohe Alter ermöglichen, steigen. Konzepte des Service-Wohnens und des betreuten Wohnens durch private Träger sind zu fördern und aktiv nachzufragen.

7. Verwaltung

Im Interesse bürgernaher Verwaltung ist das erfolgreiche Konzept des Stadtladens fortzuentwickeln.

Bürgerinnen und Bürger sollten gerade bei komplexen Verwaltungs- und Genehmigungsprozessen eine Vereinfachung und aktive Unterstützung durch die Stadtverwaltung erfahren.

Ein Mehr an Beweglichkeit der Verwaltung hätte ein Mehr an Aktivität und Initiative durch die Bürger der Stadt Hanau zur Folge.

Zweckmäßig wäre hierfür die aktive, unterstützende und beratende Rolle eines einzigen festen Ansprechpartners, eines "Lotsen", für die mit der Verwaltung konfrontierten Bürgerinnen und Bürger, der alle notwendigen Genehmigungs- und Zustimmungsabläufe einzelner Ämter und Behörden koordiniert und veranlasst.

Einsatzbereiche dieser "Hanauer Lotsen" sind bei der Anmeldung kultureller Veranstaltungen, bei Bauanträgen und geplanten Gewerbeansiedlungen aber auch in ausländerrechtlichen Fragen gegeben.

8. Umwelt- und Energiepolitik

Die Versorgung weiterer Teile des Hanauer Stadtgebietes mit Fernwärme ist voranzutreiben. Das vorhandene Fernwärmenetz ist auszubauen.

Die FDP Hanau setzt sich für die Aufstellung eines Geothermie-Katasters für den Bereich der Stadt Hanau ein. Ein derartiges Kataster würde für private Grundstückseigentümer eine Kalkulationsgrundlage für mögliche Investitionen in geothermische Heizungsanlagen bieten.

9. Kulturpolitik

Die Stadt hat die Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für Kulturschaffende bereitzustellen.

Die Kulturpolitik darf nicht nach parteiideologischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Die Freiheit der Kunstschaffenden ist ein wesentliches Merkmal kulturpolitischer Arbeit.

Das kulturelle Angebot ist ein wichtiger Standortfaktor für Hanau. Kulturelle Ereignisse sollten aber nicht nur einen Event-Charakter haben, sondern langfristig das kulturelle Angebot der Stadt erhöhen. Die Märchenfestspiele, die Philippsruher Schlosskonzerte und die Wilhelmsbader Sommernächte mit der Neuen Philharmonie Frankfurter sind kulturelle Highlights der Stadt Hanau und müssen als ständige Einrichtungen gepflegt werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Schaffung einer Kulturmeile an der Philippsruher Allee nicht durch Planungsentscheidungen unmöglich gemacht wird, auch wenn eine Realisierung nur schrittweise möglich ist.

Hier sollen neben den bestehenden Kultureinrichtungen, wie Jazzkeller, Olof Palme-Haus und Schloss Philippsruhe weitere Kulturangebote geschaffen werden. Die Orangerie im Schloss Philippsruhe muss öffentlich nutzbar gemacht werden.

Das Gebäude der Pumpstation sollte einer jugendorientierten Verwendung zugeführt werden.

Die FDP unterstützt die Arbeit der Vereine, die Heimat- und Kulturpflege betreiben.

Kulturelle Angebote privater Veranstalter sind durch zur Verfügungstellung geeigneter Veranstaltungsorte, verwaltungstechnische Unterstützung bei notwendigen Genehmigungen und in Einzelfällen auch mittels finanzieller Zuschüsse zu fördern.

Eigene kulturelle Veranstaltungen sind Bereichen vorbehalten, für die sich keine privatwirtschaftlichen Träger oder Vereine finden.

Die FDP Hanau wird auch weiterhin ihre Anstrengungen aufrechterhalten, die Kuranlage Wilhelmsbad zu sanieren und einer zeitgemäßen Nutzung durch die Hanauer Bevölkerung zuzuführen. (Siehe auch "Stadtentwicklung")

Die FDP Hanau befürwortet ein Brüder-Grimm-Kulturzentrum in erster Linie am möglichen Standort Freiheitsplatz (Behördenhaus) oder am Schloßplatz.

Zweckmäßig erscheint eine Kombination als "Haus der Sprache" oder als "Literaturhaus" mit der bislang nur beengt untergebrachten Stadtbibliothek. Diese Zusammenarbeit bietet sich sowohl aus konzeptionellen Gründen als auch wegen des kostengünstigen Einsatzes von Räumen, Personal und Technik an.

Gleichzeitig wird damit ein Nutzungskonzept für ansonsten teilweise leer stehende innerstädtische Immobilien geschaffen.

Demgegenüber lehnt die FDP die Einrichtung eines Brüder-Grimm-Kulturzentrums im Rathaus sowohl aus grundsätzlichen politischen, aber auch aus räumlichen Gründen ab. Das Rathaus ist Symbol parlamentarisch verfasster kommunaler Selbstverwaltung und sollte dies auch bleiben.

Das Rathausfoyer ist für die dort etablierte Kultur wechselnder Ausstellungen unverzichtbar. Selbst unter Einbeziehung des Foyers im Erdgeschoss wäre das Rathaus nach den bisher vorliegenden Studien für ein Brüder-Grimm-Kulturzentrum zu klein.

Da eine Vielzahl anderer Standorte mit teilweise ungenutzten Immobilien zur Verfügung stehen, sieht die FDP Hanau keine Notwendigkeit, die bestehenden Funktionen des Rathauses als politisches und kulturelles Forum aufzugeben.

Für das Orangeriegebäude im Schloßpark Philippsruhe ist ein Nutzungskonzept zu entwickeln.

Der historische Röhrenbrunnen ist wieder zu errichten. Als Standort wäre insbesondere die Hanauer Altstadt und dort etwa der Schlossplatz geeignet.

Die unmittelbare räumliche Nähe zum Amphitheater ermöglicht es, eine gemeinsame Infrastruktur wie Serviceeinrichtungen und Sanitäreanlagen zu schaffen.

10. Gesundheits-, Sozial- und Jugendpolitik

Nach Auffassung der FDP kann Freiheit für den Einzelnen nur in sozialer Sicherheit verwirklicht werden. Soziale Sicherheit darf aber nicht in totale staatliche Absicherung abgleiten. Staatliche Bevormundung darf die Eigenverantwortung des Einzelnen nicht untergraben und seine persönliche Freiheit nicht unnötig einschränken.

Sozialpolitik soll für die bedürftigen Menschen da sein, jedoch den Missbrauch des Versicherungssystems und der Solidargemeinschaft verhindern. Für die FDP gilt der Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips, d. h. jeder Einzelne sollte sich im Rahmen seiner Möglichkeiten zuerst selbst zu helfen versuchen. Erst wenn seine Mittel und Möglichkeiten erschöpft sind, sollen übergeordnete Einrichtungen eintreten. Die städtische Sozialpolitik ist daraufhin zu überprüfen.

Der Schuldnerberatung ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Neben der Tätigkeit der Schuldnerberatung durch das Diakonische Werk sollte eine weitere Schuldnerberatung etabliert werden.

Familien- und Eheberatung, Sucht-, Schuldner- und Verbraucherberatung sind wertvolle Hilfen zur Selbsthilfe. Sie sind jedoch nur dann von der öffentlichen Hand zu organisieren, wenn Träger der freien Wohlfahrtspflege oder Initiativgruppen nicht vorhanden sind. Die freien Träger müssen finanziell und sächlich so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgabe erfüllen können. Die FDP setzt sich nachhaltig für die Arbeit von Pro Familia, dem Behindertenwerk, dem Verein „Lebenshilfe“, dem Verein Lebensgestaltung und der Aidshilfe ein.

Durch die beschlossenen und noch anstehenden Reformen im Gesundheitswesen, wie beispielsweise die Einführung der Fallpauschalen, wird es in der Krankenhausversorgung zu wesentlichen Veränderungen bis zur Schließung von zahlreichen Kliniken kommen.

Trotz der Notwendigkeit zu wirtschaftlichem Handeln ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass in Hanau ein wohnortnahes, umfassendes Angebot der klinischen Zentralversorgung erhalten bleibt.

Der Zusammenschluss des Klinikums Hanau mit dem St. Vinzenz-Krankenhaus, von der FDP schon vor Jahren vorgeschlagen, vom Krankenhausdezernenten erst abgelehnt, dann auf Druck der Landesregierung vollzogen, war hierzu sicher ein richtiger Schritt.

Neben organisatorischen Veränderungen erfordert die Krankenhausstrukturreform jedoch auch Innovationen in der medizinischen Versorgung.

Um den Nachteilen der verkürzten Verweildauer entgegen zu wirken, müssen sich die Krankenhäuser zu Gesundheitszentren entwickeln, die eine patientennahe Vor- und Nachsorge anbieten und in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten den Wechsel von ambulanter zu stationärer Behandlung und umgekehrt organisieren.

Im Falle einer Teilausgründung des Jugendamtes muss darauf geachtet werden, dass die freien Träger mit einem entsprechenden Budget ausgestattet sind. Ferner sollte die Vielfalt der Träger gewährleistet sein. Die Hilfen zur Erziehung müssen in erster Linie vor dem Hintergrund der größtmöglichen Synergie für die Adressaten sowie dem Wunsch- und Wahlrecht, entsprechend den Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, angeboten werden.

Die FDP befürwortet öffentlich geförderte Zufluchtshäuser (Frauenhäuser) für Frauen, die wegen ihrer häuslichen Verhältnisse Schutz und Zuflucht suchen müssen.

Die Jugendlichen sollen verstärkt in das politische Geschehen der Stadt Hanau eingebunden werden. Die Einführung von ständigen Jugendforen sollte geprüft werden.

Die Bevölkerung Hanaus wird immer älter. Eine selbstständige Lebensführung muss als Prinzip für alle altengerechten Angebote wie Begegnungsstätten, die Sozialstation, Tagesheimplätze oder Wohnungen für ältere Mitbürger gelten. Die Schaffung von altengerechten Wohnanlagen wird unterstützt.

Die behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen in den stationären und teilstationären Einrichtungen (Wohnheime und Wohnstätten) aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten. Dies gilt auch für die kommunalen Einrichtungen vom

Wohnungsbau für Behinderte über behindertengerechte Verwaltungen bis hin zu den allgemeinen Freizeitangeboten.

Die FDP tritt für die Einrichtung einer Jugendherberge in privater Trägerschaft in Hanau ein.

Die FDP spricht sich nachhaltig für die Verwirklichung des Rechtes auf einen Kindergartenplatz aus. In der Stadt Hanau ist eine relativ gute Abdeckung an Kindergartenplätzen vorhanden. Allerdings ist es nicht immer möglich, dem Wunsch der Eltern bei der Suche nach einem lokalen Kindergartenplatz gerecht zu werden. Hier sieht die FDP Handlungsbedarf.

Die FDP sieht unter der derzeitigen kommunalen Finanzlage keine Möglichkeit, sich für kostenfreie Kindergartenplätze einzusetzen, da die freien Träger bereits mit den gegenwärtigen Gebühren nicht kostendeckend arbeiten können und auf städtische Zuschüsse angewiesen sind.

Allerdings ist es die Grundüberzeugung liberaler Erziehungspolitik, dass die Erziehung von Kindern nicht zum Nulltarif von der Gesellschaft übernommen werden kann. Die Gebühren in angemessener Höhe sind daher ein wichtiger Beitrag. Eine kostendeckende Gebühr für die städtischen Kindergärten strebt die FDP nicht an.

Bei der personellen Ausstattung von Kindergärten ist auf einen ausreichenden Betreuerschlüssel und auf das Fachkräftegebot zu achten.

In den letzten Jahren wurde das Angebot an Kinderhortplätzen in der Stadt Hanau ausgebaut. So z. B. durch das Angebot in der Theodor-Heuss-Schule und der Familientagesstätte am Isarweg. Neben diesen Hortplätzen, die die Stadt anbietet, wurden noch zusätzliche Hortplätze durch das Familiennetzwerk geschaffen. Ein angemessenes Angebot an Hortplätzen sollte Ziel einer verantwortungsvollen Sozialplanung sein. Private Initiativen sind hierbei zu unterstützen.

Die Benutzbarkeit der Hanauer Spielplätze muss gewährleistet sein. Die FDP tritt für eine regelmäßige Überprüfung der Spielplätze z.B. durch den TÜV ein.

Das Konzept, die Ferienspiele durch einen freien Träger ausrichten zu lassen, hat sich aus Sicht der FDP bewährt. Zum ersten Mal war damit ein ausreichendes Angebot an Ferienspielplätzen für die Kinder vorhanden. Dieses Konzept ist weiter zu entwickeln und ggf. auszubauen.

11. Ausländerpolitik

Die FDP setzt sich entschieden gegen jede Art von Ausländerdiskriminierung ein.

Die FDP ist sich bewusst, dass ohne die Leistungen unserer ausländischen Mitmenschen die Lebensqualität in unserer Stadt nicht mehr in vollem Umfang aufrecht erhalten werden kann.

Die FDP ist sich aber auch bewusst, dass durch die teilweise nicht vollzogene Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger erhebliche soziale Konflikte entstanden sind.

Eine weitere Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist das Ziel liberaler Migrationspolitik. Die Arbeit des Ausländerbeirates mit seinen Aktivitäten - wie z. B. dem Freundschaftsfest und den Diskussionsrunden - wird von der FDP nachhaltig unterstützt.

Die FDP ist allerdings auch der Ansicht, dass ein Integrationsangebot von Seiten der deutschen Gesellschaft bzw. der Hanauer Bürgerschaft auch den Integrationswillen der in Hanau lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger voraussetzt.

Es ist nach Auffassung der FDP ein unhaltbarer Zustand, wenn in manchen Stadtteilen noch immer ausländische Kinder im Alter von sechs Jahren ohne die geringsten Kenntnisse der deutschen Sprache in die Grundschule eingeschult werden sollen. Die vom Hessischen Kultusministerium in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium eingerichteten Vorlaufkurse mit dem Ziel der sprachlichen Förderung sollten nach Ansicht der FDP verpflichtend sein.

Bereits vorhandene Projekte wie „Deutsch als Fremdsprache“ oder „Mama lernt Deutsch“ müssen fortgeführt werden.

Die FDP spricht sich für eine Förderung ausländischer Kulturinitiativen aus.

Eine direkte oder indirekte Unterstützung von Vereinen, Organisationen oder Gemeinschaften, die auf eine fundamentalistische Missionierung abzielen, lehnt die FDP unter Hinweis auf die abendländisch-christlich liberale Kultur entschieden ab.

12. Sport

Hanau verfügt über ein umfangreiches und differenziertes Angebot an Sportstätten und Einrichtungen zur Ausübung sportlicher Aktivitäten, die überwiegend von Vereinen

getragen werden. Deren Arbeit, insbesondere im ehrenamtlichen Bereich und in der Jugendarbeit ist weiterhin zu unterstützen. Vorrangig sollte die Hilfe der Stadt bei Investitionen erfolgen; für die Unterhaltung der von den Vereinen genutzten Anlagen und den laufenden Betrieb ist verstärkt die Mitarbeit der Vereine heranzuziehen.

Beispielhaft für die Kooperation von Stadt und Vereinen ist das Engagement von Alpenverein und Turngemeinde Hanau beim sportlichen Angebot im Schulzentrum Hessen-Homburg.

13. Innere Sicherheit

Das Bedürfnis der Hanauer Bürger nach Sicherheit in der Stadt ist ein legitimes Anliegen, das im Bewusstsein verankert ist.

Berichte über Taschen- und Ladendiebstähle, Trickbetrügereien -insbesondere gegenüber älteren Mitbürgern- aber auch Gewalttaten unter Jugendlichen tragen dazu bei, dass der Wunsch nach mehr Sicherheit allenthalben erhoben wird.

Doch niemand will den absoluten Überwachungsstaat. Gesetze sind ausreichend vorhanden, sie müssen nur konsequent angewandt werden.

Die Kriminalstatistik für Hanau ist positiv. Straftaten in Hanau gingen 2003/2004 um 5,5 % zurück, die Aufklärungsquote liegt 2004 mit 52,6 % hessenweit an der Spitze.

Wir unterstützen deshalb Aktionen wie "Gewalt-Sehen-Helfen" oder das Sicherheitskonzept der Stadt Hanau.

Prävention ist eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik, die durch die Unterstützung soziokultureller Angebote von Vereinen und Interessengruppen gefördert werden kann.

Dennoch bleibt vielfach ein subjektives Gefühl der Unsicherheit und Bedrohung.

Die Verlagerung des Polizeipräsidiums von Offenbach nach Hanau und eine intensivere Zusammenarbeit der Vollzugspolizei und der Hanauer Ordnungspolizei zur Erhöhung polizeilicher Präsenz sowie eine stärkere Beobachtung gefahrenträchtiger Gebiete der Stadt sind geeignete Maßnahmen dieses Gefühl zu verbessern.

Der Bürger soll wissen, dass er nicht allein gelassen wird.

14. Politische Zusammenarbeit

Die FDP strebt die Bildung einer stabilen und verlässlichen anderen politischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung an. Es wird jedoch keine Koalitionsaussage getroffen, da das Angebot zur Bildung einer Koalition zuerst der stärksten politischen Partei Hanaus vorbehalten ist.

Eine politische Zusammenarbeit muss aber auf sachlicher Übereinstimmung in wesentlichen Bereichen basieren. Sie darf jedoch nicht darauf ausgerichtet sein, die politische Mitarbeit anderer Fraktionen auszuschließen. Die Stadt kann auf den Sachverstand und den politischen Gestaltungswillen alle Stadtverordneten nicht verzichten kann.

Die Probleme Hanaus sind nach Auffassung der FDP weder mit einer großen Koalition noch mit einem rot-grünen Bündnis oder anderer Zweckbündnisse zu lösen. Alle Erfahrungen der letzten Jahre in Hanau zeigen, dass große Koalitionen keine Probleme lösen können. Die Probleme werden lediglich durch die Mehrheit vertuscht.

Die FDP wird sich der Besetzung der Stelle des Bürgermeisters nicht widersetzen, wenn diese sachlich legitimiert ist. Die Aufgaben der Kämmerei und das Amt des Oberbürgermeisters sind zu trennen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist der Ort, an dem politische Entscheidungen getroffen werden, nicht die jeweiligen Magistratsstellen. Die FDP wird mit allen Mitteln Alleingänge von Magistratsmitgliedern bekämpfen. Die Befugnisse der Stadtverordneten sollten nicht beschränkt werden.

Im Interesse größerer Transparenz aber auch zur Kontrolle ausgegliederter Betriebe und Ämter sowie anderer städtischer Beteiligungen ist von der nächsten Stadtverordnetenversammlung ein Ausschuss Wirtschaft und wirtschaftliche Beteiligung einzurichten.

15. Die Ortsbeiräte

Die FDP spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Beibehaltung der Ortsbeiräte in Großauheim, Klein-Auheim, Mittelbuchen und Steinheim aus. Nach Auffassung der FDP kann die Einrichtung des Ortsbeirates nicht etwa durch ein Beschwerdemanagement oder irgendwelche runden Tische und Bürgerforen ersetzt werden.

Die Ortsbeiräte sind in den Stadtteilen bürgernäher als die Hanauer Stadtverordnetenversammlung. Die Ortsbeiräte haben zurzeit keine politische

Bedeutung. Ihr Einfluss und damit das politische Mitspracherecht der einzelnen Stadtteile muss gestärkt werden.

Die FDP spricht sich für eine konsequente Bearbeitung und Beantwortung von Anträgen und Anfragen der Ortsbeiräte aus. Unter gar keinen Umständen darf es so sein, dass die Ortsbeiräte zwar ihre Arbeit für die Bürger erledigen, dieser Arbeit jedoch vom Magistrat mit Desinteresse begegnet wird.

Die Ortsbeiräte sollten nicht dem Magistrat sondern der Stadtverordnetenversammlung zugeordnet sein. Den Ortsbeiräten sollte bei örtlichen Belangen ein Mitspracherecht und Vetorecht eingeräumt werden, wie es die Hessische Gemeindeordnung vorsieht.

Mittel- und langfristig ist zu prüfen, ob die FDP sich auf Landesebene für eine Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung einsetzt, mit dem Ziel, die Rechte der Ortsbeiräte durch die Landesgesetzgebung zu stärken.

Das Budget der Ortsbeiräte soll aufgestockt werden.